

Abo n u e m e n t für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gepaltene Petitzelle 15 Pfennige.

Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.

Stettiner

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 9. Juni 1883.

Nr. 262.

Landtags-Verhandlungen Herrenhaus.

15. Sitzung vom 8. Juni.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: Dr. Friedberg und mehrere Kommissarier.

Die Kommission für die Kirchenpolitische Vorlage ist gewählt und hat sich konstituiert: Vorsitzende Herren Grafen zur Lippe und von Brühl, Schriftführer Herren Adams und von Brand.

Das Haus tritt in die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, ein.

Der Berichterstatter der Kommission, Prof. Dr. Dernburg, erstattet hierüber mündlichen Bericht und empfiehlt, dem Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Die Herren Doerlandsgerichts-Senatepräsident Meyer (Celle) und v. Bernuth beantragen mit Rücksicht darauf, daß das Abgeordnetenhaus fast allen diesbezüglichen Beschlüssen beigetreten sei, die en bloc-Annahme des Gesetzes.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag wird nicht erhoben; der Entwurf wird en bloc einstimmig angenommen.

Dasselbe geschieht betreffs des zur Subhastationsordnung gehörigen Kostengesetzes.

Damit sind die Gegenstände der heutigen Tagesordnung erledigt.

Zur nächsten Sitzung werden besondere Einladungen ergehen.

Schluß 12 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 8. Juni.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 9 $\frac{1}{4}$ Uhr bei sehr spärlich besetztem Hause.

Am Ministertisch: Nur Regierung-Kommissare. Später v. Gohsler.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Von prinzipieller Wichtigkeit war die Entscheidung über die Frage, ob Kollektiv-Petitionen, welche unter einem Gesamtnamen an das Haus gebracht werden, überhaupt in Beratung zu nehmen seien. Die Erörterung kippte zu einer Petition auf Revision der Bestimmungen über das Submissionsverfahren an, welche Namens des Zentral-Vorstandes des deutschen Handwerkerbundes von dem bekannten Obermeister Meyer eingereicht ist. Nach Artikel 32 der Verfassung haben nur einzelne Personen und mit Korporationsrechten ausgestattete Genossenschaften das Petitionsrecht. Diese Beschränkung war in der Praxis der einzelnen Kommissionen häufig ignoriert worden.

Das Blaum tritt heute dem Antrage seiner Petitionskommission bei, Petitionen, wie die oben genannten, zurückzuweisen, obgleich die Abgeordneten Janssen und Westerburg darin eine unzulässige Verkürzung des Petitionsrechts zu erblicken vermeiden.

Von Bedeutung ist ferner die Diskussion über den Antrag des Abg. Lassen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung der dänischen Sprache als Unterrichtssprache in den nord-schleswigschen Dörfern mit überwiegend dänischer Bevölkerung.

Kultusminister v. Gohsler spricht mit großer Energie gegen die Tendenz des Antrages; historisch lasse sich sehr leicht nachweisen, daß die sämtlichen in Auseinandersetzung stehenden Landesteile noch zu Anfang dieses Jahrhunderts rein deutsch gewesen seien; was außerdem die politische auf Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark abzielende Tendenz des Antrages betreffe, wie sie in der Begründung des Antragstellers durchgeschimmt habe, so werde sich keine preußische Regierung finden, welche die durch regelrechte Staatsverträge abgekommenen Differenzen wieder herausgabe; die Staatsregierung lehne den Antrag ab und hoffe vom Hause ein Gleichtes.

Diese echt preußische Erklärung wird vom Hause mit launem Beifall aufgenommen.

Abg. Jürgensen bringt darauf einen Antrag auf Übertragung zur Tagesordnung ein, der gesetzestordnungsmäßig nur von je einem Redner befürwortet und bekämpft werden darf.

Nachdem der Antragsteller darauf hingewiesen

dass es für die Nordschleswiger ein Bedürfnis und ihr eigenes wohlverstandenes Interesse sei, Deutsche zu werden, plädiert

Abg. Kantak als „Angehöriger einer Nation, die in Bezug auf den freien Gebrauch der Muttersprache als Unterrichtssprache am meisten getränt worden sei“, gegen den Übergang zur Tagesordnung und für kommissarische Prüfung.

Der Antrag Jürgensen wurde mit sehr großer Majorität angenommen.

Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr verläßt sich das Haus bis morgen 9 Uhr.

Tagesordnung: Verwaltungsgesetze, Kanalvorlage.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Die diplomatische Korrespondenz des Fürsten Blamark als Botschaftsgelehrter ist nach dem Poschinger'schen Werk in einer französischen Ausgabe (Paris, Plon 1883, 2 Bände) soeben erschienen.

Wir glaubten — so heißt es in der Vorrede — das alte Deutschland zu kennen mit seinen verschiedenen Zentren geschichtlicher Entwicklung, seinen verschiedenen Staaten, jedem von besonderem Charakter, von besondrem Ueberlieferungen, Gebräuchen und Neigungen, ihren kleinen Hauptstädten, Quellen der so originellen, so vielseitigen deutschen Bildung, Herde des Lichtes und der Arbeit, die ihre Strahlen auf die friedlichen Provinzen aussendeten. Dies Deutschland aber gleicht so wenig dem, welches uns Herr v. Bismarck zeigt, als das Deutschland Hermanns und Dorotheas den Uhlanen ähnlich sieht, deren Bekanntheit wir 1870 machten. Dieses Deutschland, dessen Bild wir in den Bismarck'schen Depeschen finden, erfüllt von ohnmächtigem Ehrgeiz und feiger Schwäche, heimlicher Feindschaft und ungesehbarer Intrigen, von stiller Opposition und verschleierte Verath übersteigt Alles, was wir uns irgend einbilden könnten! Diese Südstaaten bereit jedes Augenblick mit Frankreich sich zu verbünden; diese Nordstaaten, die nur widerwillig Preußen stützen und mit ihrer Politik wie mit ihren Interessen von Augenblick zu Augenblick umschlagen; dieses Preußen, das wie die Uebrigen nur seine eigenen Interessen und seinen Ehrgeiz im Auge hat; diese Minister, die ihre eigenen Regierungen verrathen, diese Gesandten, deren Privatinteressen über die Ausübung ihrer öffentlichen Pflichten entscheiden — Welch ein Bild! Alle sind von Furcht und Misstrauen gegen einander erfüllt und nur eilig um die hochherzigen Bestrebungen und die freisinnigen Einrichtungen der kleinen Länder zu befähigen, die das Beispiel der Großen in ihrer Realität gegen die Volksbewegung nicht befolgt hatten. — Ist Deutschland in seinem Geist und Charakter jetzt geändert? So wenig Deutschland seinen Charakter ablegen konnte, als es seine Staatsform änderte, so wenig konnte der Gesandte am Bundestag seine Politik ändern, als er Reichskanzler wurde. Er findet sich gegenüber das Deutschland, das er uns so zerstückt, so zerissen zeigt und er führt fort es zu führen aus demselben Geiste heraus mit denselben Mitteln, deren er sich beim Beginn seiner wunderbaren Laufbahn bediente. — Einen Augenblick schien es, als wolle er Nibelungen nachahmen, die Feudalpartei zu Boden werfen, sich auf die große nationale Partei stützen und den partikularistischen Geist der religiösen Selen zerstören. Aber für die innere Politik war die Periode von „Eisen und Blut“ vorbei; die Feudalpartei hielt ihren Einfluß aufrecht, die National-liberalen wollten nur sich unterwerfen, wenn ihre Grundsätze herrschten und die katholische wurde Schiedsrichter bezüglich der volkstümlichen und finanziellen Entwürfe des Reichskanzlers. Wie gegen Willen fiel er in seine alte Rolle zurück, verband sich mit dem Einen, stieß die Anderen ab, lehrte zu diesen zurück und verband sich mit den Ersten, je nach seinen augenblicklichen Plänen, gerade wie zur Zeit des alten Bundestag.

Der Reichskanzler strebte nach einer Regierungspartei sans phrasse, die seine großen Pläne zur Ausführung bringen sollte. Er ließ außer Acht, daß dies in unserer Zeit die Vereinigung alles nationalen politischen Lebens sein würde. Dieser Irrthum hängt mit dem Geist wie mit dem Charakter des Kanzlers zusammen; sein mächtiger aber allzu konkuster Gedanke kann nicht zur Einsicht gelangen, daß eine Regierungspartei unabdingter Fertigkeit, zusammengegesetzt aus blindgegebenen Männern, ohne

eigene Initiative und Autorität dem deutschen Reiche weder eine Stütze bieten, noch die Staatsmänner und Diplomaten liefern kann, deren es bedarf.

Eine Kammer, die sich, wenn auch einstimmig, einem großen Mann, voll von großartigen Plänen, unterwirft, ist nicht mehr im Stande, eine dauerhafte Staatsform zu schaffen, als eine siegreiche Armee einen neuen sozialen Zustand schaffen kann. Die Vorteile, welche ihre Wurzeln nicht in den Tiefen des nationalen Lebens haben, sind nur Vereinigungen von Männern, die durch Interesse, Ehrgeiz, Zufall zusammengeführt sind und die Interesse, Ehrgeiz und Zufall wieder trennt Napoleon I. beging denselben Fehler, die er mit seinem militärischen Genie, Fürst Bismarck mit seiner diplomatischen Überlegenheit, verfolgten ihre dominierende Idee durch Niederwerfung des Widerstandes, und so verfährt er mit seinen Kammer, wie er die Staaten des deutschen Bundes behandelt hatte.

Aus Köln ist an den Abgeordneten Baumhau ein Exemplar einer Resolution überwandt worden, welche eine Versammlung von selbstständigen Kaufleuten und Handlungsgesellenden am 4. Juni im Victoriaaal der genannten Stadt gefaßt hat. Die Ueberwendung ist im Auftrage der Versammlung durch deren Vorsitzenden erfolgt als Ausdruck des Dankes für den Abgeordneten Baumhau, welcher den Stand der Handlungsgesellenden gegen die Angriffe des Abg. v. Kölle im Reichstage in Schutz genommen hat.

Die Führer der Nihilisten scheinen sich für verpflichtet zu halten, die Welt darüber aufzuklären, weshalb sie die Krönung nicht durch irgend einen Anschlag gestoppt haben. Wir haben den Brief Stephani's mitgetheilt, jetzt veröffentlicht auch in den „Times“ eine ihr angeblich aus Paris von „zuverlässiger Quelle“ zugegangene Zuschrift, in welcher ebenfalls behauptet wird, daß die Nihilisten viele wichtige Gründe zur Rechtfertigung ihrer unerwarteten Neutralität haben. Da Viele auf den Erfolg einer Versammlung bei Gelegenheit der Krönung gehofft, so würde man sich dies zu Gegnern gemacht haben, wäre die Krönung durch ein Attentat gestoppt worden; jetzt, da die Krönung ohne einen solchen Erfolg vorübergegangen, würde jede weitere reaktionäre Maßregel der Regierung die Reihen der Nihilisten verstärken.

Andererseits wird in der Zuschrift weiter ausgeführt, bot die Krönung der Nihilistenpartei eine ausreichende Gelegenheit, ihre Stärke zu entdecken. Die ganze Kraft der Regierung und ihre intelligentesten Spione waren in Moskau konzentriert und die Nihilisten zogen Vorteil aus dieser günstigen Gelegenheit, um ihre Lehren zu verbreiten und Anhänger in St. Petersburg und anderen großen Städten zu werben. In diesem Werke waren sie überaus erfolgreich. Die Stärke der Partei in St. Petersburg vergrößerte sich namlich in hohem Grade während der Vorbereitungen für die Krönung. Die Nihilisten-Agenten, frei von der Gewalt der Spione, welche sie am besten kannten, verbreiteten ihre Lehren ohne Hemmnis und die neulichen Ruhestörungen in St. Petersburg mögen vielleicht ihrem jüngsten Vorgeben beigemessen werden.

Noch dürften die Dinge hier einen Auftakt finden. Weitere Anstrengungen mögen erwartet werden und obwohl die sanguinischsten Nihilisten einsehen, daß Russland noch nicht reif ist für eine allgemeine Erhebung, so wird geglaubt, daß theilsweise und lokale Ruhestörungen das Volk lehren werden, wie es in ähnlichen Eventualitäten handeln soll und ihnen einiges Vertrauen in ihre Stärke einflößen werden, während ein Gefühl der Feindseligkeit und Rache gegen die Polizei und die Regierung erzeugt wird. Der Umstand, daß keinerlei Konzessionen gemacht wurden, um die liberale Meinung in Russland zu befriedigen, wird dazu dienen, solche Ausbrüche zu rechtfertigen und die Halskarrigkeit des Zaren wird von allen gründlichen Revolutionären mit großem Entzücken begrüßt.“

„Es war zu fürchten, daß irgend ein überfriger Patriot auf seine eigene Verantwortlichkeit und trotz aller gegenwärtigen Besetzung eine kleine Dynamitgranate werfen oder in anderer Weise danach trachten würde, dem Zaren das Leben zu nehmen. Gleichweise wurde indes die Disziplin der Partei nicht gebrochen, obwohl für einige Personen die Verachtung groß gewesen sein muß. Einige wohlbekannte Beschwörer brachten es fertig, trotz aller Anstrengungen der Polizei, sie zu entdecken und festzunehmen, bei der Kreiszeitung zugegen zu sein. Es war kein besonderer Grund vorhanden, sie zu bewegen, in einer solchen Zeit in Moskau zu sein, allein der russische Nihilist ist tollkühn und scheint sich niemals glücklicher zu fühlen, als wenn er dem Schicksal und der Polizei Trost bietet. Dabei sind die Nihilisten überzeugt, daß wenn der Zar noch am Leben ist, dies nicht der Fall ist, weil es seiner Polizei gelang, deren Anstrengungen zu vereiteln, sondern lediglich weil ihre Führer kluger Weise beschlossen, sich für den Augenblick in dem Hintergrunde zu halten.“

Ausland.

Paris, 7. Juni. Die eifrigsten Vorbereitungen für weitere Transporte nach Tonking scheinen die Annahme zu bestätigen, daß die bisher zu energetischer Züchtigung der „Pavillons noirs“ abgesandten Verstärkungen von der Regierung für unzureichend betrachtet werden. Militärische Autoritäten sollen darauf dringen, noch vor der Ankunft der bereits abgesandten Truppen in Tonking weitere dem afrikanischen Kontingente zu entnehmende Verstärkungen folgen zu lassen. Ein ernstlicher Beginn der Offensive soll in Folge des Klimas vor Anfang September unmöglich sein. Die hierigen Regierungskräfte zeigen an außerordentlich bezüglich des chinesischen Konfliktes optimistische Stimmung und behaupten, daß die chinesischen Kriegsdrohungen nicht ernst zu nehmen seien. Die Ankunft des gegenwärtig in Moskau weilenden chinesischen Botschafters in Paris, Tseng, wird hier am 20. Juni erwartet.

Provinziales.

Stettin, 9. Juni. Aus der Sitzung der Stadtverordneten vom Donnerstag theilen wir noch Folgendes mit: Zum Direktor der Friedrich-Wilhelm-Schule ist bekanntlich aus 38 Bewerbern Herr Direktor Fritzsche aus Grünberg in Schles. gewählt worden; derselbe hat sich in einem Schreiben an den Magistrat bereit erklärt, die Wahl anzunehmen, im Falle ihm bei seiner etwaigen Pensionierung die frühere Dienstzeit vom 1. Oktober 1854 ab in Anspruch gebracht würde. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt und er sucht die Versammlung, ein Gleicht zu thun. Über die Vorlage referirt Herr Dr. Wolff; derselbe teilt die Verhandlungen mit, welche mit Herrn Direktor Fritzsche geführt sind und die in jeder Weise für diesen Herrn sprechen, trotzdem derselbe einer d. ältesten Bewerber (54 Jahre) war. Referent empfiehlt deshalb auch, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Herr Dorschfeldt bittet um Ablehnung derselben, da bei dem hohen Alter des Gewählten zu erwarten sei, daß derselbe zu bald pensioniert werden müsse. Es empfiehlt sich daher im Interesse der Stadt, das Augenmerk auf eine jüngere Person zu richten.

Herr Schulrat Dr. Krosta erwidert hierauf, daß die Versammlung, als sie das Gehalt des neuen Direktors auf 6000 Mark feststellte, auch den Wunsch hatte, einen im Dienst erfahrenen Direktor an die Spitze der Anstalt zu stellen, doch aber ein im Dienst erfahrener Direktor auch eine ältere Persönlichkeit sein müsse, konnte doch nicht in Frage kommen. Der neuen Direktor sind außerdem von allen Seiten die günstigsten Zeugnisse über seine Würsamkeit ausgestellt, so daß die Wahl jeden mit Befriedigung erfüllen muß.

Herr Ameling spricht sich gleichfalls gegen die Vorlage aus, weil Herr Direktor Fritzsche nicht so loyal gewesen sei und die sehr gemachte Bedingung nicht schon vor der Wahl aufgestellt habe, worauf Herr Schulrat Dr. Krosta erwidert, daß es nicht Sitte sei, Bedingungen schon zu stellen, wenn man sich um eine Stelle bewerbe.

Herr Dorschfeldt betont nochmals seine Ansicht, daß es für die Kommune nicht vortheilhaft erscheine einen Mann zu wählen, der bereits 29 Jahre Dienstzeit hinter sich habe und der in 11 Jahren die 40jährige Dienstzeit erreiche, bei der er Pension beanspruchen könne.

Herr Graßmann erklärt die Anerkennung der Dienstzeit gleichfalls für bedenklich. Wenn auch von allen Seiten die günstigsten Urtheile über das bisherige Wirken eingegangen seien, so bat doch die Erfahrung hier in Stettin gelebt, daß auf solche Belobigungen nicht allzuviel zu geben sei. Bei früheren Wahlen seien auch oft die Bewerber von allen Seiten gelobt worden und als ließ davon hier in Thätigkeit treten, hatten sich auch geringe Schattenseiten bei ihnen gefunden.

Herr Dr. Krosta stellt hierauf den Antrag, in geheimer Sitzung weiter zu verhandeln, zieht diesen Antrag jedoch wieder zurück, nachdem der Referent darauf aufmerksam gemacht, daß dadurch außerhalb der Versammlung leicht die Annahme entstehen könnte, daß Grund vorliege, gegen den Wahl des Herrn Direktor Fritzsche lägen persönliche Bedenken vor. Dies sei jedoch nicht der Fall, im Gegenteil spräche alle Thatachen dafür, daß der Gewählte ein Mann von großer Begabung sei, der in sich die Kraft fühle, das ihm anvertraute Amt mit aller Energie zu verwalten.

Nachdem der Vorsitzende noch Herrn Schulz Dr. Krosta darauf hingewiesen, daß er als Magistratsmitglied kein Recht habe, in der Versammlung Anträge zu stellen, entpinnt sich noch eine längere Debatte, an der sich außer Herrn Schulz Dr. Krosta besonders die Herren Dr. Amelung, Graßmann und Maßke beteiligen. In derselben wird von allen Seiten hervorgehoben, daß bei der Vorlage nicht die Person des Herrn Direktor Fritzsche, sondern lediglich die Sache in Betracht komme.

Schließlich wird die Vorlage des Magistrats angenommen.

Die interessantesten Gegenstände der Tagesordnung waren die Vorlagen des Magistrats wegen des Schreibens des Reichsschahamtes betr. die Ablehnung der von den städtischen Behörden gemachten Oefferte zum Anlauf des Festungsterrains und der darauf geschafften Magistratsbeschlüsse, sowie wegen Zustimmung zur Abänderung des Bebauungsplans für Fort Leopold und zur Festlegung des Dreiecks zwischen Pölzer-, Molte- und Schillerstraße als Anlagen-Terrain. Über die Vorlagen referiert Herr Dr. Dohrn. Das Reichsschahamt hat bekanntlich die von der Stadt gemachte Oefferte von 3,475,000 Mark für das gesamte Festungsterrain als ungeeignete Basis für weitere Verhandlungen abgelehnt und auch das von Herrn Oberbürgermeister Haken unter der Hand gemachte Gebot von 4,000,000 Mark für ungünstig erachtet hat. Das Reichsschahamt schreibt weiter, daß der Werth des Terrains (gemäß der Bestimmung im Gesetz über die Bildung des Fonds zum Ausbau der deutschen Festungen, wonach diese Summe als Erlös aus den Stettiner Festungswerken zum Ausbau von Küstrin bestimmt sei) auf 9,958,000 Mark angesehen sei (ein Werth, der, wie Referent bemerkt, für die Stadt kein Interesse hat, sondern höchstens für den Reichstag, damit diese sehe, wie diese Sachen gebucht werden). Die Differenz zwischen dieser Summe und dem Gebot sei (nach Ansicht des Reichsschahamtes) zu bedeutend, zumal von letzterer Summe noch ca. 1,000,000 Mark an Kosten und Verwendungen abgingen für die Verlegung der Frauendorferne, sowie für die Seitens der Militärverwaltung event. beabsichtigte Inanpruchnahme eines Plages unmittelbar hinter dem Berliner Thor zu den bisher auf dem Königs- und Paradeplatz stattfindenden militärischen Veranstaltungen. Wenn aber das Reichsschahamt auf die Oefferten nicht eingehen könne, werde es doch der Stadt Stettin bei den in Aussicht genommenen Grunderwerbungen für städtischen Bedarf gerne jede Rücksicht angedeihen lassen, welche mit der Wahrung der für die Behandlung dieser Angelegenheit vom Standpunkte der Reichsverwaltung in erster Linie maßgebenden Finanzinteressen des Reichs irgend zu vereinigen sei. Das Reichsschahamt offert dann den in Aussicht genommenen Marktplatz zu 10 M. pr. Qm. (die Fläche ist auf 6036 Qm. festgestellt, während sie nach der Berechnung der Stadt nur 4609 Qm. beträgt). Ferner wird der sog. „Steinhof“ (am Bollwerk) zu 40 M. pr. Qm. offerirt, dieser Preis könnte auch gelten für das gesammte nach dem Fluchtlinienplan zur Bollwerkerweiterung erforderliche Areal (danach beträgt die Abschätzung des „Steinhofes“, der jetzt 960 M. Miethe bringt, 97,000 M.). Auch die verlangten Schmudplätze, Anlagen &c. sollen abgetreten werden, falls die Überenahme entweder alsbald oder in bestimmten nahen Terminen erfolgen werde; dagegen erscheine es nicht angemessen, diese Plätze für die Stadt zu reserviren. Zum Schlus wird empfohlen, falls die Stadt auf das Dreieck an der Pölzerstraße reftet, solle die Beschlüsse darüber zu beschleunigen, da die Parzellierung dieser werthvollen Baustellen nicht aufgeschoben werden könne. — Der Magistrat hat darauf in der Sitzung vom 26. Mai beschlossen, „gegen die Ablehnung der Verhandlung über den Anlauf des gesamten Festungsterrains nicht zu remontieren, auch die Oefferten der Einzelankäufe abzulehnen; hierbei aber dem Reichsschahamt die Konsequenz mit seinen bisherigen Erklärungen und die thatächlich unrichtigen Angaben darzulegen und von ihm eine bestimmte Angabe zu verlangen, welche Summen es für die Plätze und Anlagen verlangt, deren frühere oder spätere Erwerbung von der Stadt nach den bereits festgesetzten und den heute für Fort Leopold beschlossenen Fluchtlinien beachtigt ist.“ — Der Referent ist der Ansicht, daß die Antwort des Reichsschahamtes auf die Oefferten des Magistrats einer Kriegserklärung gegen die Stadtverwaltung gleichkomme, wenn man die große Koulanz berücksichtige, welche die Stadt bei allen Gelegenheiten dem Fiskus gegenüber bewiesen habe. Er schlägt daher der Versammlung vor, ihr Einverständnis zu dem Magistratsbeschuß auszusprechen.

Was die weitere Vorlage wegen des Bebauungsplans von Fort Leopold und Festlegung des Dreiecks in der Pölzerstraße betrifft, so sei zunächst anzuerkennen, daß das neue Projekt für die Bebauung des Fort Leopold (Wir haben über dasselbe gestern bereits ausführlich berichtet. D. Red.) wesentlich vervollständigt erscheine gegen das im Jahre 1876 entworffene Projekt, es sei kein Zweifel, daß

bei Ausführung dieses Planes Stettin zu einer der schönsten Städte Deutschlands erhoben würde, außerdem gewähre das Projekt aber auch praktische Vortheile, besonders seien großartige Anlagen für Handel und Verkehr berücksichtigt worden. Wenn das Projekt genehmigt würde, so sei dies eine sichere Handhabe, den Fiskus zu veranlassen, sich der Stadt entgegenkommend zu zeigen und als beste Antwort auf das Schreiben des Reichsschahamts empfiehlt er, die Vorlage möglichst einstimmig anzunehmen. Was das Dreieck an der Pölzerstraße betrifft, so sei dasselbe zur Disposition der Stadt gestellt; wenn der Reichsfiskus jetzt die Ansicht sei, daß es sofort von der Stadt angenutzt werden müsse event. eine Bebauung erfolge, so gebe es auch darauf keine deutlichere Antwort, als die Festlegung des Terrains zu beschließen. Es entstehe dadurch für die Stadt noch kein Zwang, das Terrain sofort zu kaufen, ein Kauf brauche vielmehr erst zu erfolgen, wun. es das Interess der Stadt erfordere. Wenn der Reichsfiskus in seinen Schreiben in erster Reihe die fiskalischen Interessen betone, so sei es Pflicht der städtischen Behörden, ihrerseits stets die kommunalen Interessen zu betonen.

Herr Dr. Meier erkennt gleichfalls an, daß der jetzige Plan gegen den früheren Vortheile biete, bevorlich erjähne ihm jedoch der große Marktplatz, der ca. 10,000 Qm. umfassen soll. Außerdem sei es bedenklich, ob das Projekt später nochmals geändert werden könne wenn es jetzt genehmigt ist. Auch gegen die Festlegung des Dreiecks an der Pölzerstraße müsse er sich aussprechen, denn wenn auch dadurch ein Zwang auf den Reichsfiskus ausgeübt werde, so sei dies doch ein gegenseitiger Zwang. Redner stellte später den Antrag, „das Dreieck als Schmudplatz auszuschließen und als Bauplatz freizugeben und nur 10 Mtr. breite Vorgärten festzusetzen“, zog diesen Antrag jedoch wieder zurück, nachdem Herr Oberbürgermeister Haken wiederholt erklärt hatte, daß für die Stadt kein Zwang entstehe, das Terrain anzulaufen, wenn auch die Festlegung beschlossen würde.)

Herr Oberbürgermeister Haken hebt alle Vortheile des neuen Projekts in eingehender Weise hervor und schildert das Verhalten des Reichsschahamts in dieser Sache. Herr Graßmann erklärt, daß er seinerseits keine Einwendungen gegen das Projekt erheben würde, wenn die Theilung in Ober- und Unterstadt nicht darin enthalten wäre. Gegen eine solche Theilung müsse er sich entschieden aussprechen, da dieselbe zur Erschwerung der Kommunikation führe.

Nachdem noch die Herren Oberbürgermeister Haken und Baurath Krühl wiederholt das Wort ergriffen, wurden, wie schon mitgetheilt, die Vorlagen des Magistrats angenommen.

— Schwurgericht. Sitzung vom 8. Juni. Anklage wider den Kahlbauergesellen Aug. Nickel von hier wegen Meinedes.

Der Angeklagte ist beschuldigt, am 19. September 1882 vor dem Schöffengericht in Greifenhagen in der Straße wider den Arbeiter Grüneberg einen falschen Eid wissentlich geleistet zu haben, indem er beschwore, daß er bei einem Streit, der am 1. Januar 1882 zwischen ihm und Grüneberg ausgebrochen war, den Letzteren nicht geschlagen habe. Der Angeklagte behauptete auch bei seiner heutigen Vernehmung, daß die von ihm beschworene Thatache richtig sei und da auch die Beweisaufnahme nicht sehr belastend aussie, gaben die Geschworenen ihr Verdict nach kurzer Beratung auf Nichtschuldig ab und erfolgte demgemäß Freisprechung.

Anklage wider den Handelsmann Karl Klein aus Schwennenz wegen Meinedes.

Der Zimmermeister Kosch hatte für den Angeklagten Bauarbeiten ausgeführt, wofür ihm letzter im Ganzen ca. 500 M. schuldete. Hierauf hatten schon verschiedene Abschlagszahlungen stattgefunden und blieben noch 240 M. Rest, worüber Kosch ein Accept von Klein in Händen hatte. Auch diese Summe wurde bis auf 20 M. bezahlt, um die letzten 20 M. jedoch zu erlangen, mußte Kosch die Wechselle gegen Klein anstrengen und stand deshalb am 2. August v. J. an dem hierigen Amtsgericht Termin an. In demselben beschwore Klein, daß die Unterschrift auf dem von Kosch vorgelegten Wechsel nicht von ihm herühre. Dieser Eid soll wissentlich falsch geleistet sein. Der Angeklagte bleibt auch heute dabei, daß er nicht den Wechsel unterschrieben, da er bis jetzt in seinem Leben überhaupt noch kein Wechsel-Accept ausgestellt habe.

Der als Schriftsachverständiger vernommene Herr Landgerichts-Sekretär Fixon dagegen erklärte, daß er nach den wenigen Schriftproben, die ihm vorgelegen haben, zu dem Schluss gekommen sei, daß die Unterschrift von Klein herühre. Dieses Gutachten in Verbindung mit der Aussage zweier weiteren Zeugen überzeugte die Geschworenen von der Schuld des Angeklagten. Demgemäß erkannte der Gerichtshof gegen denselben auf 2 Jahre Zuchthaus und Chorverlust auf gleiche Dauer, auch wurde derselbe für dauernd unsfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden. Der Angeklagte, welcher sich bisher auf freiem Fuß befand, wurde mit Rücksicht auf die hohe Strafe sofort in Haft genommen.

Ein leichtsinniger Jugendstreik brachte den 21jährigen Handlungsbüchsen Georg Paul M. in die gefängige Sizyrug des Schöffengerichts auf die Anklagebank. Derselbe fand im November v. J. bei dem Kaufmann A. hier selbst Stellung, nachdem er demselben verschiedene Zeugnisse eingereicht hatte, darunter ein solches, welches von dem Kaufmann Tannenberg in Meseritz ausgestellt war und in welchem dem M. beigelegt wurde, daß er bei dem L. zu dessen voller Zufriedenheit konditioniert und diese Stellung auf eigenen Wunsch verlassen hätte. That-

sächlich war M. auch in dem L. einen Geschäft in Stellung gewesen, das erwähnte gute Zeugniß war ihm jedoch von seinem Chef nicht ausgestellt, sondern von ihm selbst fälschlich angefertigt worden. Als M. bereits hier selbst bei dem Kaufmann A. tätig war, traf am 22. Dezember bei diesem ein Brief aus Meseritz ein; da M. glaubte, daß Herr A. an den früheren Chef des M. in Meseritz um Auskunft über die Führung des Letzteren gebeten habe und der angelommene Brief die Antwort enthalte, batte er Bangt, daß die Fälschung des Zeugnisses zu Tage komme und er öffnete den Brief. Er hatte sich jedoch getäuscht, denn der Brief war von einem Verwandten des Kaufmann A. M. ließ den Briefen ab und hiervon wurden seine Streiche bekannt. Er hatte sich nun gestern wegen zweier Vergehen — Aufstellung eines falschen Zeugnisses und unbefugtes Offenbaren eines Briefes — zu verantworten, doch wurde mit Rücksicht auf die ganze Sachlage wegen eiserner Vergebens nur auf 15 M. Geldstrafe event. 3 Tage Haft, wegen leichter nur auf 10 M. Geldstrafe event. 2 Tage Haft erkannt.

(Personal-Chronik.) Der bisherige Landschafts-Deputirte, Hauptmann v. Koller auf Ossecken, ist an Stelle des zum Landschafts-Direktor gewählten Landschafts-Raths von Bizewitz auf Mutrin zum Landschafts-Rath im Stolper Landschafts-Departements Kollegium gewählt worden. — Die Küster- und Lehrerstelle in Storlow, Kreis Saazig, kommt durch Verleihung ihres Inhabers zur Erledigung. Einkommen bei freier Wohnung und Feuerung 792 M. Sie ist Privatpatronat. — In Stettin ist der Lehrer Schulz, in Siegellow, Synode Naugard, der Schullehrer Rose und in Schmelzow, Synode Damer, der Küster und Schullehrer Karnowsky provisorisch angestellt. — Befördert resp. versetzt: der Steuer-Amts-Assistent Sieg in Greifenhagen zum Steuer-Einnehmer in Venken, der Steuer-Assistent Blas in Stettin zum Hauptamts-Assistenten derselbst, der berittene Steuerausseher Zühle in Bülow zum Steuer-Amts-Assistenten in Greifenhagen, die Grenzausseher Müller in Bins und Neukirch in Ostswine als Steuer-Ausseher in Stettin. — Gestorben ist der Steuer-Ausseher Bahnke in Stettin. — Pensionirt ist der Vollziehungsbeamte Rückert in Anklam. — Neu angestellt ist der Unteroffizier Lewantowski als Grenzausseher in Ostswine. — Versetzt ist: der Postverwalter Robertus von Köpitz nach Sarnow. — Erkannt ist: der Ober-Postdirektions-Sekretär Tamm in Stettin zum Postklassirer. — Gestorben: der Postmeister Muß in Labes und der Postagent Schulz in Altarp. — Auf Antrag sind in den Ruhestand versetzt: die Postverwalter von Zengen in Regenwalde, Bohnke in Sarnow.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysium theater: „Der Bettelstudent.“ Große Operette in 3 Akten. Bellevue: „Das verwunsene Schloß.“ Operette in 3 Akten.

Im Verlage von E. Twietmeyer in Leipzig erscheint in 28 Lieferungen à 1,50 Pfg. „Vers Shaws berühmtes Book of the Dog“. Illustrirtes Hundebuch, ins deutsche übersetzt von R. v. Schmedeberg, einem bekannten Cynologen. Jede Lieferung enthält eine bunte Tafel, einen meisterhaft ausgeführten Rassehund darstellend und mehrere Tafeln mit Abbildungen &c., die Bezug auf die Rasse, Zucht und Krankheit des Hundes haben. Der Text enthält die detaillirtesten Beschreibungen aller bekannten Hunderassen des In- und Auslandes. Ein ganzes Kapitel gibt sowohl dem Züchter sowie auch dem Jäger die genaueste Angabe über die Pflege seines erkrankten Hundes. Von wie hohem Werthe dieses Werks, das in den betr. Kreisen großes Aufsehen erregt, ist, dürfte daraus zu erkennen sein, daß dasselbe auf der nunmehr beendeten Hundeausstellung des Vereins „Hector“ in Berlin von der gesammten Jury die silberne Staatsmedaille erhalten hat. Allen Interessenten, dem Jäger, Hundezüchter und Liebhaber sei dieses Werk daher bestens empfohlen.

Bermischtes.

Berlin. Das über den Mörder Sobbe gefällte Todesurtheil ist, wie die „Nat.-Ztg.“ zu berichten weiß, am Dienstag in das Kabinett des Kaisers abgegangen, um diesem zur Entschließung vorgelegt zu werden.

(Erinnerungen an Heinrich Heine.) Der Pariser Publizist und Schriftsteller Alexander Weill veröffentlicht eben bei Dentu einen Band „Souvenirs intimes d'Henri Heine“, welche nach Allem, was über den Dichter des „Romancero“ an's Licht gezogen worden ist, immer noch manche neue Einzelheit bieten. Weill hat in fünfzehnjähriger Intimität mit Heine gelebt und erzählt zum Beispiel über dessen Verhältnis zu Mathilde Dinge, die bisher unseres Wissens noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind. Mathilde, so vernehmen wir, war im Jahre 1832 Verkäuferin in einem Handschuhgeschäft der Passage Choiseul. Sie gab dem Deutschen den Vorzug vor einem Schwarm anderer Liebhaber und erklärte ihm dazu am Morgen nach seiner Eroberung: „Ich habe Dich gewählt, weil Du allein mir gefällt und man mir gesagt hatte, die Deutschen wären treuer, als die Franzosen. Ich weiß wohl, daß Du mich gekauft hast: aber los! es ist mir gesagt worden, ich habe mich nicht verkauft. Du mich liebst oder nicht, ob Du mich heiratest oder nicht, ob Du mich rätschelst oder nicht, ich werde Dich fortan niemals verlassen. Niemals, hörst Du!“ — „Du sollst mich auch nicht verlassen“, entgegnete Heine lachend. — Mathilde verfiel aber wieder in ihren heftigen Ton, den Heine auf den Gedanken brachte, sie wolle ihm

eine Szene machen. — „Läß das“, sagte er, „wir wollen frühstücken geben!“ — „Und alle Tage unseres Lebens werden wir zusammen frühstücken gehen“, jage sie. „Wenn ich etwas in meinem Schädel habe, so bringe 50,000 Maulsessel es nicht heraus. Ich sage es Dir zum letzten Male: überall, wo hin Du gehst, gehe ich mit, und wäre es ja nichts der Hölle. Da Du mich gekauft hast, gehörst Du mir für das Leben.“ — Dies war der Anfang von Austritten die sich durch lange Jahre wiederholten. Mathilde vertrug sich nur mit ihrem Dienstmädchen und hatte keine Freundinnen, auch war sie nicht eigentlich eifersüchtig, denn sie duldet die Freudeninnen ihres Mannes im Hause. Als Veranlassung zu Wortwechseln, die wir Brüderlein endeten, schätzte es aber darum doch nicht. „Von Zeit zu Zeit“, schreibt Weill, „sagte Heine zu mir: „Meine Frau muß wieder einmal gehauen werden“. Der gewöhnliche Brüderlein war der Montag. Wenn es ihn in den Fingern juckte, so zog er die Fenstergardinen herab und schlug mit seinen armen Fausten auf die schönen Schultern Mathildens los: „Das für dieses oder jenes Wort, das für diese oder jene Missethat.“ Mathilde war viel stärker als er, sie ließ sich aber schlagen, und stöhnte nur in weinlichem Tone: „Hat man je einen Mann gesehen, der sein Weib haut? Weill, kommen Sie mir doch zu Hilfe!“ Heine lachte und setzte seine Brüderlein fort. Plötzlich saß sie mit wildem Geheul um, zog ihren Mann an den Füßen, die schon sehr schwach waren, warf ihn zu Boden und wälzte sich mit ihm brüllend und ächzend auf dem Teppich herum. Ein- oder zweimal konnte ich nicht umhin, zu den beiden zu sagen: „Schäm! Ihr Euch nicht, Euch herumzubringen, wie zwei Hunde?“ und dann ging ich davon. Wenn sie sich genug gerollt hatte, hörte sie sich, mit Staub bedekt, auf und der Preis des Friedens war immer ein Hut, ein Tuch oder eine Mantille. Weill geht übrigens noch weiter und erzählt, daß er selbst sich einmal mit Frau Mathilde herumgekämpft hat, weil sie seine Gattin hinterlistig durch böse Worte zu verdächtigen suchte. Jedenfalls gewinnt das Bild des Weises, dem Heine seinen Namen gab und über das schon so viel hin- und hergeschrieben worden ist, nicht im geringsten durch diese neueste Darstellung eines Ein geweihten.

(Die Schlangeninsel.) Über die so selten besuchte Schlangeninsel, welche vor den Donau mündungen liegt, bringt ein Londoner Blatt folgenden Bericht: Die Insel ist nicht, wie häufig irrg. angenommen wird, eine Ansiedlung der Donau, sondern besteht aus Schleierfischen, ganz wie die Ausläufer des Balkans, als deren Fortsetzung sie angesehen werden müssen. Sie erhebt sich mit steilen Felswänden von 20 bis 30 Meter Höhe aus dem Meere, das überall genügende Tiefe für die größten Schiffe bietet. Von Schlamme ist keine Spur, die Anschwemmungen der Donau werden offenbar durch die Strömung der Küste entlang weggeführt. Auf dem höchsten Punkte der Insel, vierzig Meter über dem Meeresspiegel, erhebt sich ein Leuchtturm, dessen Feuer man von der Salina aus sieht. Zu seinem Schutz liegt ein türkisches Boot da, heute die einzige Bewohnerin der Insel; die Türken müssen das Wasser vor der Donau mündung beziehen, da die Brunnen in zu verunreinigtem Zustande sind. Die Insel hieß im Alterthume Leuke und war hochberühmt als die Heimat des Achilles, dem sie seine Mutter schenkte; er hatte hier ein Heiligtum mit berühmtem Drakel. Ja alter Zeit scheint auch eine kleine griechische Kolonie hier bestanden zu haben, welche mit den Völkern an der Donau mündung Handel trieb, aber schon zur Zeit Kaiser Hadrians, wo Attalos die Insel besuchte und dem Kaiser in einem noch erhaltenen Brief darüber Bericht erstattet, war sie unbewohnt, doch von Ziegenherden belebt, aus denen zufällig landende Schiffer die Opferthiere entnahmen. Die Bildsäule des Achilles war von Holz, ein Zeichen sehr hohen Alters. Ihren berühmten Namen hat die Insel von den sehr zahlreichen Nattern. Dieselben sind circa 1–5 Meter lang, oben schwarz, unten weißlich. Sie sollen zum Fischen ins Meer gehen, was ein Beweis für den geringen Salzgehalt des Wassers an dieser Stelle sein würde.

Telegraphische Depeschen.

Apenrade, 8. Juni. Das Panzergeschwader ist hier eingetroffen und geht von hier nach der Neustädter Bucht.

Petersburg, 8. Juni. Der „Regierungs-Anzeiger“ veröffentlicht ein allerhöchst sanktionirtes Reichsatzgutachten, wonach vom 1. Januar 1884 an die Ehebung der Kopfsteuer von den ärmeren Bauernklassen gänzlich einzustellen, die Kopfsteuernorm für die andern Bauernklassen und übrigen Steuerpflichtigen um $\frac{1}{2}$ resp. $\frac{1}{10}$ zu verringern ist. Der Minister des Innern wird gleichzeitig beauftragt, einen Gesetzentwurf einzureichen, durch welchen obigen Volksklassen ein größeres Maß von Freiheitlichkeit gewährt werden soll.

London, 8. Juni. Gestern fand wiederum eine Versammlung von Schiffsherden statt in Angelegenheiten des geplanten neuen Suzlanales. Man nahm eine Resolution an, die Arbeit energisch fortzuführen, da die von Graf Lessps in der jüngsten General-Versammlung der Altonäre abgegebenen Erklärungen sehr wenig befriedigend lauteten. In der nächsten Woche soll eine andere Versammlung stattfinden.

Madrid, 7. Juni. Im Senate erklärte der Minister des Auswärtigen auf eine Anfrage, die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland seien nicht abgebrochen worden.

Newyork, 7. Juni. William W. Thomas ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Stockholm ernannt worden.